

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 35

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unterwühlung junger Staaten Afrikas

Der Kamerun sowie die Elfenbeinküste als Ziele ständiger subversiver kommunistischer Tätigkeit

Peking unterstützt schon im ersten Jahr der Unabhängigkeit gewisser afrikanischer Staaten illegale Bewegungen, die unter der Leitung afrikanischer Kommunisten aus dem Ausland in diesen neuen Staaten das Regime gewaltsam ändern wollen.

Kamerun und die Elfenbeinküste, beides im Rahmen der französischen Communauté dieses Jahr unabhängig gewordene Staaten, sind Beispiele dieser Taktik.

Beiden schickte Peking Glückwünsche zur Unabhängigkeit. In beiden wühlt Rotchina jetzt mit Hilfe exilierter Kommunisten und anderer Elemente, die des Landes verwiesen sind oder zumindest ausser Landes bleiben.

Im Falle Kameruns gab sich Peking als «enttäuscht» von der Regierung Ahidjo, welche die Kommunisten nicht ermutigte. Radio Peking riet dem «Volke Kameruns, den bewaffneten Kampf für wahre Unabhängigkeit zu verstärken» — dies nach der Unabhängigkeit im Rahmen der Communauté. In Guinea errichtete, mit Wissen der Regierung Touré, der verbannte Führer der von Kommunisten unterstützten «Union der Völker Kameruns», Dr. Félix Moumié, sein Hauptquartier. Er treibt von dort Agitation gegen die Regierung Ahidjo.

Dr. Moumié wie auch der Vizepräsident der Partei, Ernest Ouandié, verbrachten 1959 mehrere Wochen in Rotchina. Moumié erklärte in Peking — und die Agentur «Neues China» zitierte ihn — er werde seine Tätigkeit in Kamerun «nach dem Beispiel des Indonesischen Krieges richten».

Ebenso ermunert Peking jetzt Dr. Camille Assi Adam, einen ehemaligen Oppositionspolitiker der Elfenbeinküste, der sich seit

1958 ausser Landes befindet, vom Ausland her eine politische Tätigkeit zu entfalten. Dr. Adam, ursprünglich kein Kommunist, war am 3. Juli dieses Jahres bei den Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit verschiedener afrikanischer Staaten Gast der Regierung in Peking.

Der Regierungschef der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, erklärte kürzlich: «Die Gegenwart Rotchinas an unserer Flanke besorgt uns sehr.»

Auch für die Tätigkeit gegen die Elfenbeinküste scheint Conakry, Hauptstadt Guineas, als Hauptquartier vorgesehen zu sein.

LEIPZIG — IM SCHATTEN DER BERLINER SCHIKANE

Obwohl nach Angaben des Messeamtes die diesjährigen Gesamtumsätze 25 Prozent höher sein sollen als an der letzten Herbstmesse (Ostblock 1558 Millionen, Westen 1177 Millionen), berichten Beobachter, dass Leipzig als Messeplatz im Begriff steht, einen Teil seiner Bedeutung (mindestens der Herbstmesse), zu verlieren, weil diese Stadt immer weniger als entscheidender Umschlagplatz im West-Osthandel gelten kann.

Wenngleich infolge Verschärfung der politischen Lage in Berlin keine Verbotsmassnahmen der BR ergriffen worden waren, konnte bei den westdeutschen Ausstellern registriert werden, dass sie keineswegs zum Geschäft mit der DDR drängten, und dass ihnen die «Präsenz der Firma» an der Messe wichtiger war als geschäftliche Erfolge.

Auffallend war gegenüber der Frühjahrsmesse ein vermehrter politischer Rummel, der sogar im Anbringen antiwestlicher Losungen auf Plakaten und Spruchbändern gipfelte.

Von dem an der Frühjahrsmesse gepredigten Optimismus («Wir werden die Bundesrepublik bis 1961 einholen») war nur mehr wenig zu bemerken, dagegen um so mehr Bedenken wegen der Lebensmittelversorgung im kommenden Winter (schlechte Ernte!) und die Furcht vor eventuellen Boykottmassnahmen im Interzonenhandel als Antwort auf die Berliner Schikanen. Ein Stahlboykott z.B. müsste zur Lahmlegung eines Teils der Produktionsmittel- und Fahrzeugindustrie führen.

DIE WARE «GESCHICKTER VERKAUFEN»

Was bei den Diskussionen um die Hilfe an die Entwicklungsländer oft viel zu wenig beachtet wird

Seit 1945 hat die Regierung der Vereinigten Staaten 60 Milliarden Dollar für Auslandhilfe ausgegeben, ohne die Beiträge privater Stiftungen und Organisationen zu zählen.

Demgegenüber steht das Total der Sowjetunion auf rund 6,5 Milliarden — die Hilfe an ihre eigenen Satelliten und Verbündeten mit eingerechnet.

Die Hilfe beider Grossmächte verteilt sich auf Militär- und Zivilhilfe. Bei der Sowjetunion ist das Verhältnis nicht feststellbar. Bei den USA hingegen weiss man, dass beispielsweise im Zeitraum 1948 bis 1960 von insgesamt 45 Milliarden Dollar 20 für Militärhilfe und 25 für Wirtschaftshilfe gebucht wurden.

Seit 1955 (bis Ende 1959) ist die Lage wie folgt:

	USA	UdSSR
Afghanistan	85 Mio	177 Mio
Burma	72	12
Indien	1269	773
Indonesien	186	248
Ceylon	52	58
Nepal	17	20
Südkorea	4000	
(seit 1945)		
Formosa	1000	
(seit 1949)		
Kambodscha	148	34
Rotchina		3502
(seit 1948)		

Total 6829 4834

Bei den Diskussionen um Hilfe an «unterentwickelte Länder» wird oft zu wenig berücksichtigt, dass die USA ihren Teil auch beigetragen haben, und

zwar, wie die Aufstellung zeigt, in grösserem Masse als die Sowjetunion. Ueberdies gewährt die UdSSR neben der staatlichen Hilfe keine weitere, private Hilfe, während die USA zahllose Organisationen (Ford- und Rockefeller-Stiftung, religiöse Gruppen usw.) kennt, die ebenfalls aktive Auslandhilfeprogramme durchführen. Die Vereinigten Staaten erstreben damit — im Unterschied zum Osten, wo man die Hilfe mit nationalen Befreiungstendenzen verquickt — die Aufrechterhaltung des politischen Status quo und die Wahrung der Freiheit. Der Osten hat es dagegen verstanden, seine Ware «besser zu verkaufen». Grosses Gewicht legt die sowjetische Hilfe auch auf möglichst spektakuläre Aktionen. Dazu kommt, dass ein «Zwangssystem» in grossen, rohstoff- und bevölkerungsreichen Ländern das Ziel der Entwicklung, viel rascher erreichen kann, als dies Amerika und Europa möglich war.

Die westliche Hilfe an die Unterentwickelten soll jetzt vervielfacht werden. Die bisher erreichten Resultate, gemessen am «Propagandaerfolg» in den Entwicklungsländern selbst weisen auf eine Notwendigkeit hin. Der Westen, wie am Beispiel der USA ersichtlich ist, muss ebenfalls seine «Ware» psychologisch geschickter «verkaufen»; sonst erlebt er laufend weiter, dass die Sowjetunion mit bloss einem Zehntel seiner Anstrengungen den grösseren politischen Erfolg einheimst.

WOHER DAS GELD DER UNGARISCHEN KP KAM

Die Finanzpolitik der ungarischen Kommunisten und einzelne Parteimitglieder sind im Zusammenhang mit dem Fall Eichmann, der die Nachrichtendienste verschiedener Staaten beschäftigt, unverhofft ins Rampenlicht gezogen worden.

So soll praktisch das einzige Geld der Partei in Ungarn am Ende des Krieges (1944/45) aus den Vermögen der von Eichmann «liquidierten» Juden stammen haben.

Eichmann, der 1944 in Ungarn war, hatte als Berater einen Anwalt, Dr. Ernő Kastner, selber Jude, dessen damaligen Sekretär, Aczel, heute stellvertretender Kulturminister ist. Aczel, dessen Schwiegervater ein vermöglicher Jude war, konnte dem Militärdienst entgehen. Als sich das Kriegsglück wendete, begann er, heimlich das aus «Liquidationen» stammende Geld, das in Kastners Besitz war, an den kommunistischen Untergrund weiterzugeben, um ihn zu finanzieren.

GLEICHZEITIG ZU BELIEBT WIE AUCH ZU UNBELIEBT

Zu beliebt bei der tibetanischen Bevölkerung haben sich 300 sowjetische Berater und Techniker gemacht und wurden deshalb von den volkschinesischen Behörden ausgewiesen.

Richtiger ausgedrückt soll das heissen: Die Russen sind den Chinesen, die sich als die Herren in Tibet installieren, zu unbeliebt.

Das hinderte den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Aussenminister der chinesischen Volksrepublik, Tschen Ji, nicht, bei einem Empfang in der bulgarischen Gesandtschaft in Peking alle Spekulationen über einen ideologischen Konflikt zwischen Moskau und Peking in Abrede zu stellen, dessen Eingeständnis offenbar auch sehr «unbeliebt» ist.

EINERSEITS - ANDERSEITS

Nicht leicht haben es die indischen Kommunisten, seit dem Ausbruch des ideologischen Hausstreites zwischen Peking und Moskau.

«Friedliche Koexistenz» oder «Unvermeidbarkeit des Krieges», das ist hier die sehr unangenehme Frage, vor die sich ihr Parteivorstand vor kurzem in Neu Delhi gestellt sah.

Die indischen Kommunisten hatten in den letzten Monaten beträchtliche Unterstützung von China erhalten, wogegen sich Moskau ihnen gegenüber gleichgültig verhält.

Dennoch hat der «prochinesische» Flügel an Boden verloren, weil die Mehrheit des Parteivorstandes eine Unterstützung der chinesischen Linie für «politischen Selbstmord» hält.

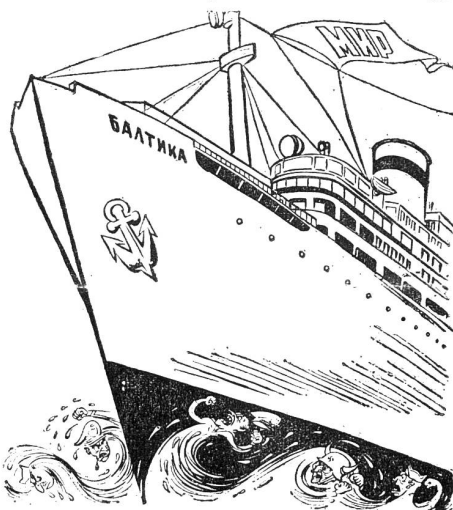
Unser Memo

Die Naivität gewisser Leute im Westen ist grenzenlos. Nachdem mehrere Vorschläge für eine «Freistadt» Berlin schon Federball mit geschichtlichen, geographischen und politischen Tatsachen gespielt haben, setzt ein Mitarbeiter der sonst vernünftigen liberalen britischen Zeitung «The Guardian» der Originalität die Krone auf. Er schlägt einen Gebietsabtausch vor: Berlin gegen eine entsprechende Fläche an der Grenze zur Bundesrepublik; auf westdeutschem Gebiet dann den Bau einer künstlichen Hauptstadt, die auch europäische Hauptstadt würde. *Erstens:* Eine rein defensive Mentalität, während der Ostblock stets offensiver wird; der Westen gibt damit jede Hoffnung auf ein Umschlagen des Pendels auf. *Zweitens:* Damit wird praktisch die DDR anerkannt, indem permanente, nicht nur deutsche, sondern gar europäische Institutionen mit einem Gebietsabtausch zwischen West- und Ostdeutschland in Verbindung gebracht werden. *Drittens:* Ein Unsinn, wenn man die Geschichte kennt. Danzig und Triest sind gültige Beispiele. In beiden Fällen wurden Städte, die sich auf dem Hinterland einer nationalen Wirtschaft entwickelt hatten, künstlich abgesondert. Danzig wurde zu einem der Reibungsgründe, die der Polemik vor dem Zweiten Weltkrieg Nahrung verschafften. Triest führte zu Spannungen zwischen Italien und Jugoslawien, bevor eine Lösung die Stadt wieder in den nationalwirtschaftlichen Rahmen zurückführte, in dem sie entstanden war. Weitere Fälle sind Singapur, Hongkong und Tanger: Nur in einem Kolonialsystem waren solche künstliche Gebilde denkbar. Tanger wurde bereits Marokko einverleibt. Die Aufnahme Singapores in die Malayische Föderation ist nur eine Frage der Zeit. Hongkong hält sich heute nur wegen der abnormalen Lage an der Peripherie Rotchinas. Künstliche Städte in einem Land, das wirtschaftlich und politisch bereits völlig ausgebaut ist, sind eine Utopie. Berlin ist und bleibt, geistig, wirtschaftlich, politisch, die Stadt, die sich in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Hauptstadt durchsetzte. Gegen diesen natürlichen Prozess hilft keine

künstliche Schaffung einer «Freizone», die wirtschaftliche und politische Lebensadern zerschneidet, und kein Ersatz durch eine künstlich geschaffene neue Hauptstadt, die abseits der organisch gewachsenen Knotenpunkte stünde. Die Berlin-Frage kann nur durch die Lösung der Wiedervereinigung aus der Welt geschafft werden. Alles andere ist eine Fluchtlösung, ein Wegwünschen des Problems, und besonders ein Nachgeben vor dem Druck Moskaus und der DDR.

«Friedensreise» – auf den Schultern der andern

Wie überlegen sich die Machthaber des kommunistischen Lagers bereits fühlen, veranschaulicht diese Karikatur vom 13. September in der «Prawda». Die «Baltika», mit der sich die Parteispitzen des Ostblocks unter Anführung Chruschtschews zur Uno-Generalversammlung nach New York begaben und deren Flagge



«Frieden» verkündet, ist von so imponierenden Ausmassen, dass die westlichen Kriegstreiber und Imperialisten als kleine, hilflose Ertrinkende in blinder Wut um das nackte Leben ringen, was ihnen in Anbetracht des Riesenfriedensschiffes natürlich nicht gelingen wird. Die Darstel-

lung der westlichen Führer als die das Schiff tragenden und aufgespaltenen «Wellen» entbehrt nicht einer tragischen Wahrheit, indem die Haltung des Westens im Hinblick auf die Durchführung einer eigentlichen «Komintern-Versammlung» in den USA — als Propagandafischzug erster Grösse — gerade bei den Entwicklungsländern nicht ohne Rückwirkungen bleiben wird.

Curriculum der Woche

WALTER ULBRICHT

Parteisekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (DDR) und seit 12. Sept. 1960, nach dem Tode des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck, Vorsitzender des 24köpfigen, neugeschaffenen Staatsrates. Er übernimmt damit die Funktionen des Staatsoberhauptes. Geboren 30.6.1893 in Leipzig als Sohn eines Schneiders. Erlernt nach der Volksschule den Tischlerberuf. 1908 Mitglied der Arbeiterjugend, 1912 Sozialdemokratische Partei, 1919 Kommunistische Partei, deren Bezirkssekretär in Sachsen. 1920 Mitglied der Bezirksleitung Halle-Merseburg und Redaktor in Halle, später in Leipzig. Ab 1923 Mitglied des ZK der KPD und des Militärrates. 1924 Agitationsarbeit im Auftrag der Kommunistischen Internationale in Oesterreich. Bis 1926 Vertreter des ZK der KP beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau. Nach dem Besuch der Leninschule in Moskau ab 1926 Mitglied des sächsischen Landtages, 1928 Mitglied der Regierung und ab Mai 1929 Leiter der KP-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. 1930 wegen Hochverrats zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt. Im Oktober 1933 über Prag und Paris nach Moskau emigriert. Ulbricht trat während der Dauer des deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes 1939/40 in Zeitungsartikeln mit Nachdruck für das Bündnis der UdSSR mit Hitler ein. Nach Ausbruch des Krieges organisierte er die Schulungsarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen. Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (das zum Widerstand gegen Hitler aufrief). April 1945 Rückkehr nach Berlin. Massgeblich am Aufbau der KP beteiligt und des FDGB (Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes). Organisierte die erste Stadtverwaltung in Berlin. 1946 zum stellvertretenden Vorsitzenden und Mitglied des Zentralsekretariates der SED gewählt. Ununterbrochen Mitglied des Zentralsekretariats bzw. des Politbüros der SED. Seit Juli 1950 Generalsekretär. 1953 Erster Sekretär des ZK der SED. Seit Oktober 1949 ausserdem stellvertretender Ministerpräsident bzw. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Seit Okt. 1949 Abgeordneter der Volkskammer (nach Art. 50 der Verfassung «höchstes Organ der Republik»). Ulbricht führte die Umwandlung der Sozialistischen Einheitspartei in eine bolschewistische Partei «neuen Typus» durch und hatte entscheidenden Anteil an der Umgestaltung der Ostzone in eine Volksdemokratie nach sowjetischem Muster.

kurz

Die Namen Malenkow, Molotow und Kaganowitsch, die als parteifeindliche Gruppe 1956/57 eliminiert wurden, fehlen in den neu erschienenen Bänden der «Kleinen Sowjetischen Enzyklopädie».

Die USA haben die Blockierung polnischer Vermögen aufgehoben. Polen können den Gegenwert jedoch nur durch die polnische Nationalbank erhalten, die ihnen den offiziellen Kurs in Zlotys ausbezahlt («Trybuna Ludu», 4. September).

Rotchina gewährt Guinea eine Anleihe von 25 Millionen Dollar. Moskau findet den Neutralismus nicht mehr gut genug. Die Theorie «weder Ost noch West» von Entwicklungsländern dient nur dazu, «junge Staaten von der starken Hilfe sozialistischer Länder abzuschliessen» und «hilft den Imperialisten» (Radio Moskau, 31. August).

In Washington wird behauptet, das polnisch-kubanische Abkommen über Lieferung von Meliorationsmaschinen umfasse ein geheimes Zusatzprotokoll, das die Lieferung von 21 kleineren Kriegsschiffen zur Küstenkontrolle vorsehe.

Trockenheit, Ueberschwemmungen und Schädlinge haben 40 Prozent der bebauten Fläche Rotchinas heimgesucht. Die Ernte wird schlecht sein («Jen-Min Ji-Bao», 25. August).